

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Rudolf Heine  
Verlag: Heine & Co., Leipzig  
Postfach 100  
Telefon 100

Druck: Heine & Co., Leipzig  
Verlag: Heine & Co., Leipzig  
Postfach 100  
Telefon 100

Programm: Lokal- und Provinzial-Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 222

Sonnabend, den 22. September 1923

18. Jahrgang

### Politische Wochenschau.

Von Dr. R. L. G., W. d. R.

Der Imperialismus ist ein Erzeugnis der romantischen Nationen, sowohl dem Worte, wie dem Wesen nach. In den vielen weltgeschichtlichen Kriegen für diese Nationen haben sich in der jüngsten Zeit zahlreiche neue Kräfte eingestellt. Der Ruhm des Imperialismus Frankreichs ist die spanische und italienische Schwester der lateinischen Rasse nicht ruhen lassen; sie suchen es ihrem großen Rivalen gleichzutun. Und so sehen wir, daß gegenwärtig wieder einmal von den romanischen Völkern eine starke Einwirkung Europas ausgeht. Was sich in Fiume und Korfu abspielte, was der Rivera in Spanien jetzt versucht, ist alles letzten Endes nichts anderes als eine Nachahmung des von Poincaré über Spanien nationalisierten Imperialismus. Europa ist infolgedessen an den verschiedensten Stellen mit Brandherden besetzt. In dem europäischen Krisenzentrum im Ruhrgebiet sind neue Krisenherde auf dem Balkan und in Marokko hinzugekommen. Vor allem auf dem Balkan sind die Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern so gespannt, daß jeder Tag bewaffnete Konflikte bringen kann. Er ist ein beängstigendes Zeugnis für den Völkerbund, daß er nicht in der Lage ist, allen diesen Erscheinungen gegenüber ein Nachwort zu sprechen, und es ist doppelt bezeichnend, daß die im Völkerbund vertretenen europäischen Nationen, so außerordentlich der persische Vertreter im Völkerbund die erschreckende Deutlichkeit dessen völlige Ohnmacht anzeigt, und der japanische Delegierte die Reparationsfrage anspricht.

Eine Entspannung ist auch im Ruhrkonflikt in der letzten Zeit nicht zu verzeichnen gewesen. Die Reden des deutschen Reichskanzlers haben auf französischer Seite jedenfalls nichts anderes ausgelöst, als wohlwollende Lichtachtung; so charakterisiert man wohl richtigerweise die beiden letzten Reden des französischen Ministerpräsidenten. Man wird ruhig anerkennen können, daß die beiden Stresemanns zur Klärung der deutschen Einstellung beigetragen haben, aber irgendein Schritt zur praktischen Lösung ist mit ihnen keineswegs gesehen. Es muß entgegenüber immer wieder betont werden, daß der Weg zu unmittelbaren Verhandlungen mit Frankreich durchaus verantwortbar ist. Gewiß haben wir es in der ganzen Frage an sich mit der Gesamtheit der Reparationsmächte zu tun, und es war von der Regierung Cuno richtig, ihre Politik nicht allein auf Frankreich, sondern gleichzeitig auch auf England einzustellen. Wegen Ende ihrer Lebensdauer hat die Regierung Cuno diese britische Einstellung sicher zu einseitig betrieben. Der Gang der Dinge hat gezeigt, daß England nicht gewillt oder nicht in der Lage ist, eine wirkliche aktive Politik gegenüber Frankreich zu treiben. Wir haben deswegen unsererseits nicht mehr den geringsten Anlaß, auf Taten der britischen Regierung zu warten, zumal gerade jetzt solche in der nächsten Zeit keineswegs in Aussicht stehen. Wie wir schon früher betont haben, wird die britische Regierung vor dem Zusammenritt ihrer Reichskonferenz irgendwelche Entscheidungen nicht treffen, denn sie wird aus naheliegenden Gründen versuchen, das ganze Gewicht der Meinungäußerungen der britischen Reichskonferenz ihrer Außenpolitik dienstbar zu machen. Bis dahin aber werden noch manche Wochen vergehen, und daran ändert auch nichts die Aussprache zwischen Baldwin und Poincaré, die nur unverbundenen und informativen Charakter hat. Das deutsche Interesse verträgt jedoch ein wochenlanges Abwarten nicht mehr.

Tagtäglich mehrten sich im Innern Deutschlands die verhängnisvollen Rückwirkungen des Ruhrkrieges. Die Herrichtung der deutschen Währung kann kaum noch Fortschritte machen. Der Zustand Rußlands ist erreicht. Die Versuche einer Währungsanleihe haben irgendwelche Besserung bis jetzt nicht erzielen können; sie werden aufstehend und unsicher unternommen. In der Bestürzung, Schritte zu tun, geht die Regierung selbst auf Gebieten agierend vor, wo die Lage klar zu erkennen ist. Immerhin sind gerade in den letzten Tagen einige Fortschritte nach Richtungen hin zu verzeichnen, die wir schon seit längerer Zeit als Notwendigkeiten gekennzeichnet haben. So will man jetzt daran gehen, unter Ausgabelung des Garantens einer eigenen Goldnotenbank die Reichsbank selbst zur Goldnotenbank auszugestalten, und man hat sich weiter dazu entschlossen, wertbeständige Gehaltskonten für die Zahlung der Beamtengehälter einzurichten. Die Durchführungsmaßnahmen waren längst spruchreif, und man kann nur hoffen, daß sie nunmehr auch in den Einzelheiten beschleunigt werden. Freilich müssen sie wirkungslos bleiben, wenn sich nicht das Reich für diese Hilfsmaßnahmen einer wertbeständigen Währung die nötigen Sicherheiten verschafft. Auch hinsichtlich der Beschaffung solcher Sicherheiten liegt die Problematik an sich sehr einfach und bedarf nur des Willens zur Tat.

Die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands verlangen gebieterisch, noch vor Eintritt des Winters, zu einer

wesentlichen Entspannung zu kommen. Wenn erst die Lebensmittelversorgung und die Rohbeschaffung für die breiten Massen des Volkes mit noch schwereren Unzulänglichkeiten als jetzt verbunden ist, werden die explosiven Erscheinungen, die schon hier und dort zu verzeichnen sind, größeren Umfang annehmen. Der kommunistische Radikalismus wird zweifellos die Konjunktur nützen. Wir sehen ja vor allen Dingen in Sachsen, wie zielbewußt er arbeitet. „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Kommunisten auf Ganze gehen.“ Diese Erkenntnis kommt jetzt auch der Dresdner Volkszeitung, wir haben sie unsererseits schon seit langem gehabt, und haben die Sozialdemokratie nicht verstanden, daß sie an der kommunistischen Bundesgenossenschaft so lange festgehalten hat, obwohl die Kommunisten ausgesprochenenfalls gegen die Sozialdemokratie selbst den Kampf auf Leben und Tod proklamiert hatten. Auch die sächsische Sozialdemokratie weiß ganz genau, wo sie als Träger der Staatsautorität einer demokratischen Republik wirklich zuverlässige Bundesgenossen findet, in den Reihen der Kommunisten sind sie jedenfalls nicht zu suchen.

### Zurückhaltung der Londoner Presse

#### Widersprechende Berichte über das Ergebnis der Pariser Konferenz.

Die Regierungsbücher schreiben sich über das Pariser Communiqué immer noch aus. Die „Times“ spricht in einem Leitartikel allerdings die Vermutung aus, daß die Zusammenkunft wahrscheinlich keine unmittelbare praktische Wirkung haben werde. Jedenfalls verneinen die maßgebenden Londoner Organe weiterhin, zu dem Ergebnis der Besprechung Stellung zu nehmen. Offenbar erwartet man die Ankunft Baldwin, der im „Daily Chronicle“ dringend aufgefodert wird, das englische Publikum über die Tragweite seiner Zusammenkunft aufzuklären und den umlaufenden sehr widersprüchlichen Gerüchten ein Ende zu machen.

Wie groß die Unsicherheit bei Beurteilung der Lage ist, zeigt sich im „Daily Telegraph“, der zwei ganz entgegengesetzte Darstellungen seines offiziellen Berichterstatters veröffentlicht. Im ersten Bericht, der die Regierung des „Foreign Office“ widerspiegelt, wird versichert, daß Baldwin in Paris keineswegs eine neue Linie der englischen Politik eingeschlagen habe und daß England auch dann nicht der Besetzung zustimmen würde, wenn sie wirtschaftlichen Charakter annehmen würde. Die englische Regierung würde eine solche wirtschaftliche Besetzung höchstens als ein Uebergangsstadium zur vollkommenen Räumung betrachten. Im großen und ganzen müsse man das Ergebnis der Konferenz mit aller Vorsicht aufnehmen.

In einem zweiten Bericht, der allem Anschein nach auf französische Informationen zurückgeht, wird erklärt, daß die Pariser Mitteilungen durchaus wörtlich zu nehmen seien, und daß beide Länder am Vorabend einer neuen politischen Zusammenarbeit stehen. Das Ruhrproblem als solches sei aus dem Wege geräumt, da Deutschland selbst zur Aufgabe des Widerstandes bereit sei. Die englische Auffassung über die Besetzung bleibe bestehen, aber man müsse blind, taub und stumm sein, um die Tatsache zu übersehen, daß die französische Politik an der Ruhr erfolgreich sei. Poincaré habe wahrscheinlich keine bekannte Ansicht wiederholt, daß die militärische Besetzung auf Essen beschränkt werden könnte. Ferner sei es möglich, daß die französisch-belgische Eisenbahnregel auf das linke Rheinufer beschränkt würde, und daß die Ausweisungsbefehle nur gegen höhere preussische Beamte aufrechterhalten bleiben, von denen die Organisation des Widerstandes ausging. Diese würden nur dann zurückkehren dürfen, wenn sie sich einem französischen Kriegsgericht stellen.

### Stetigismus.

„Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel, es sei unmöglich zu glauben, daß die beiden Premierminister im Verlaufe einer kurzen Unterredung plötzlich entsetzt haben sollten, daß in keiner Frage irgendeine Verschiedenheit des Bieles oder der Grundsätze bestehe. Tatsache sei, daß sowohl die französische wie auch die britische Regierung der Ansicht seien, daß sie wahrscheinlich bald einer neuen Lage gegenüberstehen würden, und daß sie daher den Wunsch hatten, sich so gut wie nur möglich über ihre gegenseitigen Absichten zu unterrichten. Es werde zugegeben, daß die Ruhrunterstützung bald aufhören werde. Deutschland werde tatsächlich durch seine Armut gestungen sein, jedem organisierten passiven Widerstand ein Ende zu bereiten. „Manchester Guardian“ fragt, ob es etwas anderes sei, was die Franzosen unter „Kapitulation“ verstanden. Beider beste hier Grund zum Zweifel sei in der französischen Presse erklärt worden, daß Kapitulation auch die Anerkennung der Legalität der

Besetzung durch Deutschland bedeute. Wenn Deutschland einmal zugebe, daß die Besetzung durch den Versailler Vertrag autorisiert sei, so habe es so gut wie sein eigenes Todesurteil unterzeichnet. Die Besetzung sei von der englischen Regierung für rechtswidrig erklärt worden und der französische Anspruch auf den Besitz der Ruhr für eine einseitige Auslegung des Versailler Vertrages. Dieser Anspruch würde durch die deutsche Anerkennung seiner Rechtmäßigkeit sehr verstärkt werden. Das Blatt erklärt dann, es können vielleicht moralische und materielle Vorteile dabei gewonnen werden, wenn England mit den Franzosen zusammenarbeite. In Verhandlungen, die die Frage der Rechtmäßigkeit offen ließen, könnte England sich möglicherweise beteiligen.

### Ein Reparationsplan Lloyd Georges.

Lloyd George wird sich, wie bereits berichtet, am kommenden Sonntag von Frau und Tochter sowie einer Privatsekretärin begleitet, nach Neuport einschiffen. Die Vorrede seines neuen Buches „Is this the Peace?“ das am 29. September erscheint, wird folgenden Reparationsplan enthalten:

1. Deutschland übergibt den Verbündeten seinen gesamten Goldvorrat und allefalls die Goldbestände aus Privatbesitz.
2. Nimmt Deutschland Lieferungen an Kohlen, Holz und Pottasche, Garbstoffen und anderem Rohmaterial vor.
3. Das Reich entrichtet einen Prozentsatz seiner Ausfuhrerlöse. (Lloyd George glaubt, daß 20 % unter Anrechnung der Materiallieferungen ausreichen würden, um die Zahlung der Zinsen und Tilgung von 2 500 000 000 Pfund Sterling zu ermöglichen).
4. Wiederherstellung des deutschen Kredits auf dem Wege einer sofortigen Reparationsanleihe, wodurch den dringendsten finanziellen Bedürfnissen der Alliierten entgegengekommen werden soll.

### Rheinlandrat in Paris.

In Paris hat unter dem Vorsitz von Poincaré ein Rheinlandrat stattgefunden. Man erwartet allgemein die Aufgabe des passiven Widerstandes durch Deutschland. Poincaré will Baldwin die feierliche Versicherung gegeben haben, wenn Deutschland nachgibt, die Besetzung unsichtbar zu machen. Einzelheiten aber über diese Besprechungen sind noch nicht zu erfahren gewesen; nur die Pariser Boulevard-Presse benimmt sich höchst ungebärdig.

### Abzug der Franzosen aus dem Mannheimer Schlosse.

40 Mann Wache zurückgelassen.

Die Franzosen haben das Mannheimer Schloß wieder geräumt, sind nach Ludwigshafen abgezogen, haben aber eine Wache von etwa 40 Mann zurückgelassen. Die auf den Straßen aufgebauten Maschinengewehre sind beschlagnahmt. Die Nachricht von der Besetzung des Schloßes verursachte einen Sturm auf die Banken.

Wie verlautet, soll die Besetzung des Mannheimer Schloßes eine Vergeltungsmaßregel (?) für die vor fünf Wochen mitgeteilte Schiebererei zwischen zwei französischen Kriminalbeamten und deutschen Kriminalbeamten an der Rheinfront im unbesetzten Teil der Stadt Mannheim sein.

### Die Elektrizitätswerke Oberhausen wieder geräumt.

Die Franzosen haben das Elektrizitätswerk der Stadt Oberhausen wieder geräumt. Die Versorgung der Stadt mit Licht und Kraft konnte wieder aufgenommen werden.

### Schandurteile.

Vor dem Kriegsgericht Sandau hatte sich der Fliegermeister Schand von Lauterbach zu verantworten, weil er sich bei dem französischen Delegierten in Tulei über das Verhalten von marokkanischen Soldaten beschwerte und sich weigerte, dem Führer der Truppe ein schriftliches Zeugnis über gute Führung und gutes Verhalten der Truppe zu geben. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe verurteilt. Die Arbeiter Hornung und Hirt aus Ludwigshafen, die sie gegen angreifende algerische Soldaten gewehrt hatten, wurden wegen Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis bzw. 10 Jahren Bauschloß verurteilt.

### Sprenghattentat in Essen.

Vorgestern Abend wurde an der besten Bahnstraße Rüttenstraße-Deiffen in der Nähe der Solania War-garetenhöhe innerhalb des Stadtteils Essen auf die Bahnstraße ein Sprenghattentat verübt. Von der Straße wurde lediglich das Gelände beschädigt. Die Gleise wurden auf etwa drei Meter aufgeworfen. Außerdem wurden die an der Straße liegenden Telegraphenbrücken beschädigt. Die Sprengung hat auch an den umliegenden Häusern Beschädigungen herbeigeführt. Schand